



I M R A T H A U S

Bündnis90/Die Grünen, Friedensplatz 1, 44122 Dortmund

An die
lokalen Medien

11.12.02

Dortmunder Dienste: Lukrative Jobs für Parteifreunde

Presseerklärung

Nach uns zugegangenen Informationen haben sich die schlimmsten Befürchtungen in Bezug auf Einstellungspraktiken und parteipolitische Selbstbedienungsmentalität bei der Dortmunder Dienste GmbH bestätigt.

Sozialpolitische Sprecherin Birgit Unger: „Es ist unglaublich, mit welcher Dreistigkeit eine städtische Gesellschaft missbraucht worden ist, um verdiente Genossen mit lukrativen Jobs zu versorgen. Die Erklärung von Herrn Freund, es handele sich um Blind-Bewerbungen in der damaligen Aufbauphase verzerrt die tatsächlichen Abläufe.“

Die Einstellung des Assistenten der Geschäftsführung erfolgte ohne Ausschreibung und unter Protest des Betriebsrates, der ausdrücklich auf dieses Versäumnis hingewiesen hat. Eine Einigung wurde zum einen dadurch erzielt, dass fälschlicherweise behauptet wurde, alle Fraktionen befürworteten die Einstellung des Ratscherrn aus Unna und es schade der Dortmunder Dienste GmbH, wenn sie sich der Anordnung des Gesellschafters widersetze. Zum anderen wurde zugesichert, dass die Stelle rein zusätzlich eingerichtet würde und keine Nachteile für die übrigen Beschäftigten entstehen würden. Letztlich wurde die Einrichtung einer unbefristeten Vollzeitstelle durch eine dritte Freistellung für den Betriebsrat erreicht. Auch dieser Deal ist alles andere als kostenneutral.

Dazu Birgit Unger: „Aus unserer Sicht ist die fachlich überflüssige Besetzung von mindestens zwei Stellen ein Vorgang, der insbesondere den Geschäftsführer Freund belastet. Selbstverständlich hätten die Stellen ausgeschrieben werden müssen. Ob die entsprechende Qualifikation der Parteifreunde hätte nachgewiesen werden können ist ebenso fraglich, wie die Entscheidung über die Eingruppierung.“

Wir werden diese Angelegenheit jedenfalls nicht auf sich beruhen lassen. Eine solche Form von Selbstbedienungsmentalität beschädigt das Ansehen der Stadt insgesamt. Der Rat sollte umfassend darüber informiert werden, wer von diesen Vorgängen gewusst hat und die obsku-



IM RATHAUS

Bündnis90/Die Grünen, Friedensplatz 1, 44122 Dortmund

re Einstellungspraxis mitgetragen hat. Aus diesem Grund werden wir sowohl den Rechnungsprüfungsausschuss als auch den Haupt- und Finanzausschuss mit der Angelegenheit befassen. Es muss geklärt werden, inwieweit kommunale Zuschüsse zweckentfremdet eingesetzt wurden. Dies gilt auch für die Abwicklung des Programms „Jugend in Arbeit“, an dem die Dortmunder Dienste als Beratungsstelle insbesondere für den Bereich der Sozialhilfeempfänger ab 1998 beteiligt waren.“